

Sonderpublikation
**Den Kreislauf der
Repression durchbrechen:
Straflosigkeit beenden**



Peace Brigades International

Promoting nonviolence and protecting human rights since 1981

Widmung an Felipe Arreaga Sánchez



Freiwillige im PBI Mexikoprojekt begleitet Felipe Arreaga, mexikanischer Umweltschützer.

Wir widmen diese Publikation dem mexikanischen Umweltaktivisten Felipe Arreaga Sánchez, der am 16. September 2009 bei einem Unfall starb. Felipe war ein Mitbegründer der Organización Campesina Ecologista de la Sierra de Petatlán OCESP (Organisation der Landwirte von Sierra de Petatlán für den Umweltschutz), der die ökologischen und sozialen Folgen einer ungebremsen Abholzung der Wälder anprangerte. Diese Arbeit führte zur Ermordung von OCESP-Mitgliedern und der Verhaftung ihrer Anführer. Aus Furcht um sein Leben verließ Felipe seine Gemeinde und versteckte sich in den Bergen. Im Jahr 2000 gründete er zusammen mit seiner Frau Celsa Valdovinos die Organización de Mujeres Ecologistas de la Sierra de Petatlán OMESSP (Organisation der Frauen der Sierra de Petatlán für den Umweltschutz). Falsche Mordanschuldigungen brachten Felipe 2005 für 10 Monate ins Gefängnis. Im selben Jahr wurde Felipe vom Sierra Club der Chico Mendes-Umweltpreis verliehen. PBI begann Felipe Arreaga und Celsa Valdovinos anlässlich der Drohungen zu begleiten, die sie aufgrund ihrer Arbeit zum Schutz der Umwelt erhielten. Es war eine Ehre für alle, die die Gelegenheit hatten Felipe Arreaga kennenzulernen. PBI ist fest entschlossen, OMESSP solange wie nötig weiter zu begleiten.

Titelfoto

Menschenrechtsorganisationen u.a. ASFADDES treffen sich in Bogotá im Mai 2009, um der Verhafteten und Verschwundenen zu gedenken.

Peace Brigades International

PBI ist eine internationale NRO, die sich seit 1981 für den Schutz der Menschenrechte und die Förderung von Gewaltfreiheit einsetzt. Auf Anfrage entsenden wir internationale Freiwilligenteams in Gebiete, in denen Repression und Konflikte herrschen, und bieten lokalen Menschenrechtsverteidigern, Organisationen der Zivilgesellschaft und Gemeinden, deren Leben und Arbeit durch politische Gewalt bedroht ist, internationale Präsenz und Schutzbegleitung. Unsere Arbeit basiert auf den Prinzipien der Gewaltfreiheit, der Nichtparteinahme und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der von uns begleiteten Organisationen sowie auf der Überzeugung, dass Lösungen für Konflikte nicht von außen aufgezwungen werden können.

Gefährdete Personen werden von PBI-Teams physisch begleitet. Die internationalen Freiwilligen verkörpern die internationale Sorge um den Schutz der Menschenrechte, sie sind eine sichtbare Erinnerung an die Täter, dass ihr Handeln auf nationaler und internationaler Ebene Folgen haben wird. Aktivisten erhalten die Sicherheit, dass sie nicht alleine sind, dass ihre Arbeit anerkannt wird und dass ihr Leiden nicht von der Außenwelt unbemerkt bleibt. Die Anwesenheit von Freiwilligen schützt daher nicht nur, sie bietet dem wachsenden zivilgesellschaftlichen Engagement in Situationen von Unterdrückung auch moralische Unterstützung. Seit 1981 haben PBI-Freiwillige aus über 30 Ländern die Leben von mehreren Hundert Aktivisten und Aktivistinnen geschützt, die sich in neun Ländern für soziale Veränderungen einsetzen. Dank unserer Anwesenheit waren sie trotz der Bedrohungen in der Lage, ihre Arbeit vertrauensvoll fortzusetzen und auszubauen, weil PBI Schutz und moralische Unterstützung

“Der Schutz, den ich durch PBI erhalten habe, hat mein Leben gerettet.”
Eloyda Mejía, Vereinigung der Freunde des Sees Izabal (ASALI)

bietet.

Der Ansatz von PBI basiert auf der Annahme, dass es für Menschenrechtsverletzungen des Schweigens, der Zustimmung oder der Zusammenarbeit von Akteuren auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene bedarf. Dokumentation, Vernetzung und Lobbyarbeit ergänzen deshalb die physische Begleitung, um Druck auf möglichst allen Ebenen aufzubauen: angefangen bei den Soldaten an einem lokalen Kontrollpunkt, den lokalen Befehlshabern und der nationalen Regierung und dem Militär, hin zu anderen Regierungen und internationalen Institutionen, die Druck auf eine Regierung ausüben können, ihrer internationalen Verpflichtung nachzukommen, ihre Bürger zu schützen. PBI hat auch zu weiteren Schutzmechanismen beigetragen, wie der Entwicklung und Umsetzung der EU-Leitlinien für Menschenrechtsverteidiger sowie der Koordination von Vortragsreihen in Europa und Nordamerika zur Stärkung der Schutzmechanismen und zur Erhöhung unserer Bekanntheit und der Bekanntheit derer, die wir begleiten. Auf diese Weise führt die Verbindung von globalem politischem Druck und physischer Begleitung zur Schaffung von Handlungsspielraum für Menschenrechtsverteidiger, Organisationen der Zivilgesellschaft und Gemeinden.

Inhaltsverzeichnis

Schweigen-Straflosigkeit-Konflikt: Einen gefährlichen Kreislauf durchbrechen	Seite 3
Kolumbien: Verschwindenlassen, Vertreibung und Straflosigkeit	Seite 4
Guatemala: Die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit	Seite 6
Menschenrechte und Verbrechen aus Hass: sexuelle Identität	Seite 7
Hindernisse auf dem Weg zur Gerechtigkeit in Mexiko	Seite 8
Die Suche nach Gerechtigkeit für zurückliegende Verbrechen:	
Tita Radilla und die AFADEM	Seite 9
Militär und Polizei in Indonesien: eine Kultur der Straflosigkeit	Seite 10
Papua: Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung	Seite 11
Nepal: die Suche nach Gerechtigkeit	Seite 12
Von PBI begleitete Organisationen	Seite 14
Empfehlungen	Seite 15
Liste von PBI-Kontakten	Seite 16

Schweigen-Straflosigkeit-Konflikt:

Schaffung eines gefährlichen Kreislaufs

Von Straflosigkeit kann gesprochen werden, wenn in einem Land Verbrechen nicht untersucht bzw. bestraft werden. Die Vereinten Nationen (UNO) erkennen an, „dass Straflosigkeit und zu erwartende Straflosigkeit für Vergehen gegen die internationalen Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht solche Vergehen begünstigt und zu den grundlegenden Hindernissen für die Einhaltung internationaler Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts und der vollen Umsetzung der Instrumente der internationalen Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts gehören“

Seit 28 Jahren bietet PBI Menschen, deren Leben in Gefahr ist, eine internationale Präsenz und Schutzbegleitung und hat dabei gelernt, dass Schweigen der Schutzmantel für die Straflosigkeit ist. Für Opfer und Beobachter gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen Straflosigkeit und Verbrechen. In Guatemala, Kolumbien, Mexiko, Nepal und Indonesien wird dem Staat vorgeworfen, systematisch Menschen zu ermorden, verschwinden zu lassen, „soziale Säuberungen“ durchzuführen und Menschenrechtsverteidiger aufgrund von haltlosen Beschuldigungen juristisch zu verfolgen. PBI möchte diejenigen schützen, die sich dafür einsetzen, die Kreisläufe von Straflosigkeit, Konflikt und Schweigen zu durchbrechen.

Die Kriminalität hat in den Ländern, in denen PBI arbeitet, ein Niveau erreicht, das die Rechtsstaatlichkeit und die Integrität staatlicher Institutionen gefährdet. In Guatemala hat die UNO-Sonderbeauftragte für die Situation von Menschenrechtsverteidigern die Existenz „paralleler Gewalten“¹ angeklagt: mächtige Unternehmer, ehemalige Geheimdienstler, Militärs und Regierungsvertreter „werden verdächtigt, in einem Umfeld fast völliger Straflosigkeit Rechnungen zu begleichen, Gegner hinzurichten und ihren illegalen Machenschaften nachzugehen.“² In Kolumbien schreibt die UNO-Arbeitsgruppe über erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden, „dass es Berichte gibt, wonach die paramilitärischen Kräfte 30 % des Parlaments und der staatlichen Vertreter wie Gouverneure und Bürgermeister „kontrollieren“. In Kolumbien könnte es zu einem Prozess der Institutionalisierung paramilitärischer Kräfte kommen“³. Mit mehr als 70 Kongressabgeordneten, gegen die mittlerweile wegen des Verdachts auf Verbindungen zu

den Paramilitärs ermittelt wird, haben sich diese Bemerkungen geradezu als prophetisch herausgestellt. In Mexiko fördert Straflosigkeit die Korruption und verhindert das Funktionieren der öffentlichen Institutionen. Dem führenden Menschenrechtsverteidiger Manuel Olivares zufolge „gelten die Verantwortlichen für ein Verbrechen aufgrund der Korruption als unschuldig, während die Opfer für Gerechtigkeit kämpfen müssen.“⁴ Der Einsatz der Armee zur Bekämpfung krimineller Banden macht es schwierig, Zivilisten vor den bewaffneten Akteuren nach internationalem humanitärem Recht zu schützen, insbesondere in Gegenden, in denen der zivile Staat kaum oder gar nicht präsent ist. In Nepal haben Straflosigkeit, ein Gesetzentwurf zum Verschwindenlassen, Wahrheit und Versöhnung sowie der Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Opfern wenig Aufmerksamkeit erhalten. Laut einem Bericht von Amnesty International „wurden weder die von den staatlichen Sicherheitsorganen noch die von Mitgliedern der CPN-M (Kommunistische Partei Nepals – Maoistisch) begangenen Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich geahndet.“⁵ Human Rights Watch berichtet, dass es „im Hinblick auf die Verschwundenen, auf Morde, Folter und weitere schwere Misshandlungen keine bedeutenden Schritte [gegeben hat].“⁶ Im Juni 2007 besuchte die UNO-Sonderbeauftragte für die Situation der Menschenrechtsverteidiger Indonesien und drückte ihre Besorgnis aus über „andauernde Aktivitäten von Polizei, Militär und anderen Sicherheits- und Geheimdienststellen, die darauf abzielen, Menschenrechtsaktivisten zu drangsalieren und einzuschüchtern bzw. deren Zugang zu Opfern und zu Orten, an denen Menschenrechtsverletzungen geschehen, einzuschränken.“⁷

Der Umgang mit politisch und kriminell motivierter Gewalt bleibt eine Herausforderung. In einem Bericht vom Februar 2008 schreibt die Myrna Mack Foundation MMF (Myrna-Mack-Stiftung), dass es „nicht ausreicht, Paramilitärs und Guerillagruppen als ‚illegale bewaffnete Gruppen‘ zu bezeichnen, um das Verschwinden von Menschen zu verhindern“ und dass es auch nicht ausreicht, sie als „paramilitärische Gruppen“ zu bezeichnen, besonders wenn die politischen, militärischen und finanziellen Strukturen erhalten bleiben“⁸. Die UNO und der Staat können Opfer in ihrer Suche nach Gerechtigkeit schützen, indem sie Menschenrechtsorganisationen zusammenbringen. Die UNO - und die

Amnesty International hat beschrieben, wie ein System von Straflosigkeit und die Normen, die es stützen, dazu dient, Ungerechtigkeiten zu institutionalisieren, die von denen begangen werden, die eigentlich die Gesetze anwenden sollen. Opfer von Menschenrechtsverletzungen verlieren dabei drei grundlegende Rechte: das Recht auf Wahrheit, das Recht auf Gerechtigkeit und das Recht auf Wiedergutmachung.⁹

Interamerikanischen Menschenrechtssysteme geben Opfern anhaltender Straflosigkeit Mittel in die Hand, aber es muss mehr getan werden, um die Ursachen des Problems anzugehen. Eine internationale Präsenz wie die von PBI verhindert Misshandlungen und unterstützt lokale Bemühungen, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und zu überleben. Gemeindeführer, Campesinos, indigene Gemeinden, Afro-stämmige, Menschenrechtsanwälte und Mitglieder der Zivilgesellschaft sind bedroht, weil sie die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verteidigen, und werden für ausdauernde Bemühungen bei der Suche nach Wahrheit ermordet. Die internationale Gemeinschaft kann in Situationen, in denen die Menschenrechte gefährdet sind, durch Beobachtung, Kontrolle und Dialog effektiv gewaltfreie Sicherheits- und Konfliktlösungsansätze unterstützen. An entscheidenden Punkten eines Konflikts kann das Hören der Stimmen der Opfer, die Entscheidung zwischen Frieden und einer Fortsetzung der Gewalt bringen. Ihre Stimmen brechen den Kreislauf von Schweigen, Straflosigkeit und Konflikt.

¹ Hina Jilani, „Guatemala: Defenceless defenders“, InfoSud Human Rights Tribune, www.humanrights-geneva.info/guatemala-defenceless-defenders,2776, 22 February 2008.

² Washington Office on Latin America, „The Story of the CICIG and Impunity in Guatemala“, <http://wola.org.typepad.com/weblog/2008/12/the-story-of-the-cicig-and-impunity-in-guatemala.html>, December 2008.

³ UN Working Group on Enforced Disappearances, Colombia Country Mission Report, E/CN.4/2006/56/Add.1, p9, 2006.

⁴ Manuel Olivares, Director of the Jose Maria Morelos y Pavon Regional Human Rights Centre, 3 August 2007.

⁵ Amnesty International, „Cycle of Impunity Raised with Nepal's President and UN High Commissioner“, 17 March 2009.

⁶ Brad Adams, Human Rights Watch, „Nepal: End Cycle of Impunity and Deliver Justice to Victims“, 11 September 2008.

⁷ UN Human Rights Council, Press Release: Special Representative of the Secretary-General on the situation of human rights defenders concludes visit to Indonesia, 12 June 2007.

⁸ Myrna Mack Foundation, Consideraciones sobre la impunidad en Guatemala: la configuración de una masiva violación de derechos humanos, February 2008.

⁹ Amnesty International, Injustice and Impunity: Mexico's Flawed Criminal Justice System, February 2007.

Kolumbien:

gewaltsames Verschwindenlassen, Vertreibung und Straflosigkeit

Es heißt, dass der seit 60 Jahren andauernde Bürgerkrieg in Kolumbien 44 Millionen direkte und indirekte Opfer gefordert habe und weiterhin Zivilisten das Leben koste¹⁰, trotz einer Demobilisierung etlicher der kolumbianischen paramilitärischen Gruppen in den vergangenen fünf Jahren.

Guerillagruppen wie die FARC und die ELN mögen zwar politisch kaum mehr Handlungsspielraum haben und militärisch eingedämmt sein, aber laut den Medien und Augenzeugenberichten gehen die Kämpfe in ländlichen Gebieten um die legalen und illegalen Ressourcen des Landes zwischen dem Militär, den Guerillagruppen und einer Unzahl illegaler bewaffneter Gruppen, die sich aus den Überresten paramilitärischer Strukturen rekrutieren, weiter. 2008 stieg die Mordrate in Medellín während eines Kampfes illegaler bewaffneter Gruppen über die Kontrolle des Drogenhandels um 35 % an. In Buenaventura bestimmt urbane Kriegsführung, wer die Kontrolle über die Barrios hat. Kolumbien hat geschätzte 4 Millionen interne Vertriebene, mehr gibt es nur im Sudan. Geschätzte 6 Millionen Hektar Land wurden den rechtmäßigen Besitzern gewaltsam enteignet.¹¹

Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass es in 78,9 %¹² aller von der Armee begangenen Fälle extralegalen Hinrichtungen keine erfolgreiche Klage weder gegen die Ausführenden noch ihre Befehlshaber gab. Kolumbien ist das gefährlichste Land der Welt für Gewerkschafter¹³, und 96,5 %¹⁴ der Morde an Gewerkschaftern werden nicht bestraft. Diejenigen, die diese Verbrechen untersuchen, wurden von hochrangigen Regierungsmitgliedern¹⁵ öffentlich der Kollaboration mit der Guerilla verdächtigt.

Die Mehrzahl der Menschenrechtsverletzungen geht auf das Konto paramilitärischer Gruppen.¹⁶ Nichtsdestotrotz wurde 2006 99,9 % der paramilitärischen Gruppen eine De-facto-Amnestie durch die kolumbianische Regierung gewährt.¹⁷ Im Mai 2008 lieferte Kolumbien 15 der wichtigsten Anführer der Paramilitärs, denen Drogenschmuggel vorgeworfen wird, an die USA aus und verhinderte so Ermittlungen gegen sie im Rahmen des Demobilisierungsprozesses. Auch wenn den Beschuldigten in den USA längere Haftstrafen drohen könnten, ist es unwahrscheinlich, dass

die kolumbianischen Opfer, von denen viele in großer Armut leben, Gerechtigkeit erfahren. Außer wenn Ländereien, die im Rahmen dieser Fälle beschlagnahmt wurden, für die kolumbianischen Opfer vorgesehen werden, ist eine Wiedergutmachung ihrer Verluste unmöglich. Straflosigkeit zwingt die Opfer, zwischen Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu wählen.

Gewaltsames Verschwindenlassen: nur die Spitze des Eisbergs

Mindestens 25.000 Menschen sind in Kolumbien gewaltsam verschwunden¹⁸ und es gibt weiter neue Fälle.¹⁹ Ángel Quintero und Claudia Monsalve, Mitglieder der Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos de Colombia ASFADDES (Vereinigung der Angehörigen der Verhafteten-Verschwundenen), verschwanden am 6. Oktober 2000 im Zentrum von Medellín. Ángel war vor seinem Verschwinden vom staatlichen Sicherheitsapparat überwacht worden. Neun Jahre sind seit dem Verschwinden von Ángel und Claudia vergangen, und weder ist die Wahrheit ans Licht gekommen, noch hat es Gerechtigkeit gegeben.

„Um die Geschichte von ASFADDES zu erzählen, müssen wir zunächst feststellen, dass gewaltsames Verschwindenlassen ein staatliches Verbrechen ist, das Kolumbien in den 1970er-Jahren im Rahmen einer nationalen Sicherheitsstrategie einzusetzen begann. Es war ein Mittel der Repression, um die politische Opposition zu eliminieren“, erklärt Gloria Gómez, die nationale Koordinatorin von ASFADDES.

Gewaltsames Verschwindenlassen ist „die Entführung einer Person gegen ihren Willen und ohne einen Haftbefehl sowie die Weigerung, über ihren Aufenthaltsort Auskunft zu geben“, sagt Gómez. „Es wirkt sich zerstörerisch auf der Ebene der Familie aus und auch auf jeden sozialen Kampf, weil es zu Ungewissheit, Sorge, Angst und Terror führt.“ Die Angehörigen der Verschwundenen organisieren die Suche nach ihren Angehörigen selber. Gemeinsam gehen sie zu den Behörden, besuchen Gefängnisse und Städte im Umkreis von Bogotá und gehen an Orte, die dafür bekannt sind, dass dort Leichen verscharrt werden. „Wir haben eine Zunahme der Fälle von Verschwindenlassen festgestellt, bei einer gleichzeitigen Zunahme von nicht identifizierten, durch Säure verätzten

und verstümmelten Körpern in fortgeschrittenen Verwesungsstadien“, berichtet Gómez. Viele Körper wurden zu reinen Zahlen, in Massengräbern beerdigt.

Über die lateinamerikanische Föderation der Verbände Angehöriger der Verschwundenen, welche 19 Verbände aus 13 Ländern vereinigt, hörten kolumbianische Familien von Fällen von Verschwindenlassen in anderen Ländern. Gómez erinnert sich daran, wie allein gelassen die Familien sich in den ersten Jahren fühlten. „Die Gesellschaft war gleichgültig gegenüber einer Realität, die gerade erst ans Licht zu kommen begann. Wenn wir demonstrierten, schrien uns die Menschen auf der Straße an und beleidigten uns.“

Ihre Ausdauer ermöglichte es ASFADDES, wichtige Fortschritte zu erreichen: die Aufnahme des Artikels 12 der Verfassung von 1991, die gewaltsames Verschwindenlassen, Folter oder unmenschliche Behandlung verbietet, und die Anerkennung von Verschwindenlassen als ein Verbrechen nach Gesetz 589 aus dem Jahr 2000, auf dessen Grundlage die nationale Suchkommission für die Verschwundenen geschaffen wurde und Familien Rechte eingeräumt wurden. ASFADDES weist jedoch darauf hin, dass bisher niemand aufgrund dieses Gesetzes verurteilt wurde und dass der auf dem Gesetz fußende Mechanismus für dringende Suchen bisher noch keine Person lebend gefunden hat. „Das einheitliche Registrierungssystem für die Verschwundenen sollte auch effektiver eingesetzt werden. Es ist bekannt, wo die Massengräber sind“, erklärt Gómez. In den 1990ern waren in zunehmendem Maße die Paramilitärs für Fälle von Verschwindenlassen verantwortlich. „Durch die Amnestie nach Gesetz 975 und die „freien“ Geständnisse wurden die Opfer aller Möglichkeiten beraubt.“

ASFADDES hat alle Länder dazu aufgerufen, die Internationale Konvention zum Schutze aller Person vor dem Verschwindenlassen zu ratifizieren. Die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte bemerkte, dieser Vertrag könne dazu beitragen, eine Praxis aus der Welt zu schaffen, die laut der UNO-Arbeitsgruppe zu Gewaltsamem oder Unfreiwilligem Verschwinden weltweit mindestens 51.000 Menschenleben gekostet hat. Diese Zahl ist „die Spitze des Eisbergs, weil viele Fälle der Arbeitsgruppe nicht vorgelegt werden.“²⁰

Der deutsche Freiwillige Moritz Hartnagel mit Kleinbauern im Curbaradó, wo Dörfer abgebrannt und Gemeinden zerstört worden sind, um den Weg frei zu machen für die Anpflanzung der afrikanischen Ölpalme und der Viehzucht. Niemand ist für diese Übergriffe zur Verantwortung gezogen worden.



Wer dafür arbeitet, dass Verschwindenlassen und andere Menschenrechtsverletzungen ans Licht kommen, läuft oft selber Gefahr bedroht zu werden und zu verschwinden. Trotz Schutzmaßnahmen des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte für in diesem Bereich arbeitende Personen und Begleitungen durch PBI verschwinden weiter Menschen. ASFADDES hofft, dass „der Staat endlich öffentlich politischen Willen bekundet, indem er konsequent die Verschwundenen aufspürt und die Verantwortlichen bestraft, auch in Fällen, wo der Staat der Täter ist, sodass wir endlich beginnen können, Gedenken, Würde und Ansehen unserer Angehörigen wiederherzustellen“.

Im Januar 2009 wurden Mitglieder von ASFADDES von einer Gruppe bedroht, die sich die „Schwarzen Adler Neue Generation“ nennt, nachdem sie an der Exhumierung der Opfer des von Paramilitärs am 16. Mai 1998 in Barancabermeja begangenen Massakers teilnahmen.

¹⁰ Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE), Colombia population: 44,737,241, 10 December 2008

¹¹ CODHES, Supra No.10, Government figures indicate a 41% increase in displacement in the first 6 months of 2008, Boletín 74.

¹² Coordinación Colombia Europa Estados Unidos, Ejecuciones Extrajudiciales: La realidad inocultable 2007-2008.

¹³ ITUC, Annual Survey of violations of trade union rights, 2008.

¹⁴ US Leap, Why Are Union Members Murdered in Colombia?, <http://www.usleap.org/files/Impunity2007.pdf>, 2007.

¹⁵ President Álvaro Uribe, 25 June 2007, www.presidencia.gov.co/prensa_new/sne/2007/julio/25/092522007.htm.

¹⁶ Comisión Colombiana de Juristas, 2002-2006 Situación de derechos humanos y derecho internacional humanitario, Responsibility: State agents directly 14.17%, paramilitary groups 60.98% and guerrillas 24.83%, Supra No.4, p23, 2006.

¹⁷ Comisión Colombiana de Juristas, of more than 36,000 demobilised paramilitaries, less than 300 are being processed under Law 975 of 2005.

¹⁸ Attorney General's Office, Deutsche Presse Agentur, www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/VDUX-JCSZX?OpenDocument&query=disappearances&rc=2.

¹⁹ Enforced Disappearances Information Exchange Center, "UN warns about forced disappearances in Colombia", www.ediec.org/news/newsitem/article/un-warns-about-forced-disappearances-in-colombia, 27 July 2008.

²⁰ Attorney General's Office, in Deutsche Presse Agentur, www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/VDUX-JCSZX?OpenDocument&query=disappearances&rc=2.

²¹ Instituto Colombiano de Desarrollo Rural (INCODER), Resolutions 2424 and 2159 of 2007 and Notary and Registrar Superintendent Resolutions 3617, 6286, 6525, 6524 and 6523 of 2007.

²² Letter from 15 human rights organisations to the US State Department, 25 July 2007.

²³ Process 3856, investigation of 23 palm-oil businessmen and land agents, 23 December 2008.

²⁴ Human Rights First, "Baseless prosecutions of human rights defenders in Colombia: In the dock and under the gun", February 2009.

Fallstudien

Im September 2007 wurden Miguel und Ualberto Hoyos, die eine Vertriebenengemeinde anführen, von Attentätern angeschossen. Sie setzen sich für die Rückgabe tausender Hektar Land an afrokolumbianische Gemeinden²¹ in der Region Curbaradó im Nordwesten Kolumbiens ein, auf denen illegal afrikanische Ölpalmen angebaut werden bzw. Viehzucht betrieben wird. Die Brüder Hoyos waren 2005 Augenzeugen des Verschwindens von Orlando Valencia, der ebenfalls den illegalen Anbau afrikanischer Ölpalmen angeprangert hatte. Die Brüder überlebten, aber am 14. Oktober 2008, als Ualberto als Zeuge im Fall Valencia aussagen sollte, wurde er vor der Gemeinde, die er zu schützen suchte, erschossen. Paramilitärische Einheiten vertrieben Menschen durch gezielte Morde und Massaker. Dörfer wurden niedergebrannt und Gemeinden zerstört, Häuser und Friedhöfe planiert und Palmenplantagen errichtet.

Niemand ist dafür zur Verantwortung gezogen worden und ein Großteil des illegal in Besitz genommenen Landes wartet noch darauf, den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben zu werden.

Luis Eduardo Guerra war der legale Vertreter der Friedensgemeinde San José de Apartadó im Departamento von Antioquia. Er wollte Gerechtigkeit für die zahllosen gegen die Gemeinde begangenen Menschenrechtsverletzungen einschließlich der Ermordung von 170 ihrer Mitglieder seit 1997. Im Februar 2005 wurde Luis Eduardo zusammen mit sieben weiteren Personen, darunter auch kleinen Kindern, in den Hügeln der Serranía de Abibe ermordet. Die Regierung beschuldigte die Guerilla, aber nach Jahren des Drucks durch die internationale Gemeinschaft kam die Wahrheit ans Licht: Hintergrund des Massakers war die Zusammenarbeit zwischen Armee und Paramilitärs. Nach dem Massaker begleitete PBI die Gemeindevertreter, um die Toten zu finden. Im Juli 2007 wurde das Gemeindeglied Dairo Torres auf der Straße Richtung Apartadó aus einem öffentlichen Verkehrsmittel gezerrt und vermutlich von Paramilitärs hingerichtet.²² Der Fall aus dem

Jahr 2005 ist einer der wenigen, in denen es Hoffnung auf Gerechtigkeit gibt; Dairós Tod sowie der vieler anderer bleiben unterdessen ungeklärt.

Kolumbianische Menschenrechtsorganisationen, die Campesino- und afrokolumbianische Gemeinden begleiten und unterstützen, sind ebenfalls Opfer von Drohungen und Einschüchterungsversuchen, die weder untersucht noch bestraft werden. Am 3. September 2008 wurde Yimmy Janasoy von der Comisión Intereclesial Justicia y Paz (CIJP - Interkirchliche Gerechtigkeits- und Friedenskommission), einer Organisation, die Hunderte von Zeugen²³ beschützt und die finanzielle Strukturen der paramilitärischen Organisationen in ganz Kolumbien aufgedeckt hat, mit vorgehaltener Pistole in einen Lastwagen gezerrt und gezwungen, mit dem Gesicht auf dem Boden zu liegen, während er bedroht und befragt wurde. Bis heute hat es im Zusammenhang mit diesem Fall keine Verhaftungen gegeben.

Carmelo Agámez ist der regionale Sekretär der Nationalen Bewegung für die Opfer von Staatsverbrechen (MOVICE) im Departamento Sucre an Kolumbiens Atlantikküste. Für seine Sicherheit hat die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte Schutzmaßnahmen erteilt. Durch seine Arbeit landeten mehrere Staatsangestellte im Gefängnis, die für Korruption und Zusammenarbeit mit paramilitärischen Gruppen angeklagt worden waren. Am 15. November 2008 wurde er verhaftet, weil man ihm vorwarf, in einer Verschwörung mit Paramilitärs ein Verbrechen geplant zu haben. Er wurde zu den gleichen Leuten gesteckt, gegen die er zuvor ermittelt hatte, was eine große Gefahr für seine Sicherheit darstellte. Die Verlässlichkeit der Zeugen und ihrer Beweise ist von internationalen Menschenrechtsorganisationen²⁴ in Zweifel gezogen worden und ist ein Beispiel für die Funktionsweise von Straflosigkeit. Durch nichts gestützte Strafverfahren wie dieses schwächen eine von echten Fällen überlastete Justiz und dienen dazu Bemühungen lahmzulegen, Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen oder zu verhindern.

Guatemala:

Die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit

In Guatemala ist Straflosigkeit ein strukturelles Problem, das öffentliche Institutionen und die Gesellschaft allgemein betrifft. Im Februar 2009 untersuchte die Myrna-Mack-Stiftung, wie das Rechtssystem als Quelle von Straflosigkeit funktioniert²⁵, und deckte dabei Missstände auf allen Ebenen der Ermittlung und Strafverfolgung auf. Weitere verschärfende Faktoren sind Korruption, technische Unzulänglichkeiten, das Fehlen von Kontrollmechanismen und mangelnder politischer Willen. Wie die Studie zeigt, verhindert dies fast völlig die Durchsetzung des Rechts, was den Tätern erlaubt ihre illegalen Operationen fortzusetzen, was wiederum zu einer Konsolidierung und dem Anstieg von Straflosigkeit führt.

Laut Angaben der Stiftung „hat die Straflosigkeit ein kaum mehr beschreibbares, ungeheuerliches Ausmaß angenommen und ist zunehmend ein Nährboden für das Verbrechen; wenn Straflosigkeit herrscht, kennt das Handeln keine Grenze. Wir erleben einen Teufelskreis, bei dem sich das Verbrechen und das Versagen der Justiz im Zentrum der Gesellschaft festgesetzt haben; sie sind ein Krebs, der nicht aufhört zu wachsen und durch nichts begrenzt ist.“²⁶

Indigene, Campesino- und Gewerkschaftsführer sowie Journalisten werden genauso zu Zielen wie Schwule, Lesben und Transgender-Aktivist*innen, politische Oppositionelle, Angehörige der Justiz, Akademiker und Organisationen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren. Die Gewalt hat ein extremes Ausmaß angenommen. Das Versagen, diejenigen zu schützen, die mächtige kriminelle Interessen oder die staatliche Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen anprangern, führt zur Kontinuität solcher Kreisläufe von Gewalt, weil sie den Tätern, durch die Zuversicht ungeschoren davonkommen zu können, ein Gefühl von Macht und Sicherheit vermittelt.

Das Ausmaß der Straflosigkeit für Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger ist alarmierend. Die UNO-Sonderbeauftragte für die Situation von Menschenrechtsverteidigern sagte, dass „Faktoren wie die sehr ungleiche Einkommensverteilung, zügellose Gewalt und das organisierte Verbrechen, die fast



PBI begleitet die Nationale Koordinierungsstelle für die Witwen Guatemalas (CONAVIGUA) während einer Exhumierung in Zacualpa, Department Quiché, 2004.

vollkommene Straflosigkeit und der Einfluss von „parallelen Gewalten“ das Arbeitsumfeld für Menschenrechtsverteidiger drastisch verschlechtert haben.“²⁷

„Bei einer angenommenen Straflosigkeit von 98 % für Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger ist das Wort Gerechtigkeit in Guatemala bedeutungslos“, sagte die Sonderbeauftragte und machte zudem deutlich, „dass zwei Institutionen, die im Angesicht dieser Angriffe an vorderster Front für Schutz und Gerechtigkeit kämpfen sollten, Teil des Problems sind – nämlich die Polizei und die Staatsanwaltschaft.“

Die Comisión Internacional Contra la Impunidad en Guatemala CICIG (Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala) stellt eine innovative Form der Zusammenarbeit zwischen der Regierung, der Zivilgesellschaft und der UNO dar. Als Ergebnis eines im September 2007 zwischen der UNO und der Regierung Guatemalas

zustande gekommenen Abkommens nahm sie ihre Arbeit offiziell am 11. Januar 2008 auf. Laut ihrem Mandat soll die Kommission illegale Sicherheitseinheiten und klandestine Organisationen aufspüren und dem Staat dabei helfen, diese aufzulösen und dazu beitragen, dass die von deren Mitgliedern begangenen Verbrechen untersucht, verfolgt und bestraft werden. Außerdem soll sie dem Staat Strategien vorschlagen, wie diese Organisationen aufgelöst und ihr Wiederaufleben verhindert werden kann. Dadurch kann die Kommission unabhängige Untersuchungen durchführen, als Nebenkläger auftreten und guatemalteckischen Behörden dabei helfen, Fälle vor die nationalen Gerichte zu bringen. Von internationalen Gerichtshöfen unterscheidet sich die Kommission, weil sie durch die lokale Justiz und in enger Zusammenarbeit mit Guatemalas Staatsanwaltschaft (MP) und der Nationalen Zivilpolizei (PNC) arbeitet. Verurteilungen sind angestrebt, aber die Kommission verfolgt auch das Ziel, die Effektivität des nationalen Strafrechtssystems in dieser Art von Fällen zu erhöhen. Im April 2009 wurde das ursprünglich auf zwei Jahre befristete Mandat der CICIG um zwei weitere Jahre bis September 2011 verlängert.

In ihrem ersten Jahresbericht vom September 2008 befand die CICIG, dass es in der Verantwortung der guatemalteckischen Regierung läge, die illegalen Gruppen und klandestinen Organisationen aufzulösen. Die CICIG hat zugesichert, dass sie der Regierung weiter mit allen Mitteln zur Seite stehe, um dieses Ziel zu erreichen, und beteuerte die fundamentale Bedeutung einer Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen. „Die Regierung Guatemalas sollte dafür sorgen, dass alle Mitarbeitenden am Gericht, die für eine faire Anwendung des Rechts Verantwortung tragen, in einer von Drohungen, Druck und auch Morden freien Atmosphäre arbeiten können“, schreibt sie und gibt zu bedenken, dass mindestens acht hochrangige Polizei- und Justizmitarbeiter, die an bedeutenden Fällen arbeiteten oder zu Informationen bedeutender Fälle Zugang hatten, 2008 ermordet wurden. „Eine genaue Analyse der Urteile zeigt die inakzeptabel geringe Effizienz des Justizsystems“, berichtet sie.²⁸

²⁵ Myrna Mack Foundation, Consideraciones sobre la impunidad en Guatemala: la configuración de una masiva violación de derechos humanos, February 2008, p1.

²⁶ Myrna Mack Foundation, Opinión en relación con el documento de propuesta “Acuerdo nacional para el avance de la seguridad en Guatemala”, 19 December 2008, p4.

²⁷ Human Rights Tribune, “Guatemala: defenceless defenders,” www.humanrights-geneva.info/guatemala-defenceless-defenders, 2776, 22 February 2008.

²⁸ CICIG, Un año después, <http://cicig.org/uploads/documents/One%20year%20report--%20spanish.pdf>, September 2008.

Menschenrechte und Verbrechen aus Hass:

sexuelle Identität

Die Organisation für die Unterstützung einer integrierten Sexualität zur Bekämpfung von AIDS (OASIS) wirbt für und verteidigt die Rechte der Personen mit anderen sexuellen Identitäten²⁹ und die der mit HIV-AIDS infizierten Menschen. Sie dokumentiert Fälle von Menschenrechtsverletzungen und von Ausgrenzung und Diskriminierung gegen die lesbische, schwule, bisexuelle und transgender und transsexuelle Gemeinschaft (LGBT).

Paulina, die als Kommunikationsassistentin für OASIS arbeitete, wurde am 17. Dezember 2005 vermutlich von vier Polizisten angegriffen und ermordet. Ihre Freundin Zulma Robles, die wie sie ebenfalls transsexuell ist, wurde ebenfalls schwer verletzt. Es gab kein Verfahren. Als Zeugin ist Zulmas Leben ernsthaft bedroht. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte wies den Staat an, das Leben von OASIS-Mitgliedern zu schützen³⁰, und Guatemalas eigener Ombudsmann für Menschenrechte befand, dass der Staat Paulinas Recht auf Leben und Zulmas Recht auf Sicherheit und körperliche Unversehrtheit missachtet habe.³¹

Ein OASIS-Bericht³² zu Menschenrechten und Verbrechen aus Hass, die ihren Ursprung in der Intoleranz gegenüber anderen sexuellen Identitäten haben, zeigt wie ernsthaft Gewalt und Diskriminierung das Leben der lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und transsexuellen Bevölkerung beeinträchtigt. Zu den tief verwurzelten Vorurteilen addiert sich die Schwäche der staatlichen Institutionen und der mangelnde politische Wille, gegen die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität vorzugehen. Rechtlich gesehen ist Homosexualität in Guatemala zwar kein Verbrechen, aber weder erkennt das Rechtssystem die Rechte sexueller Minderheiten an, noch verteidigt es sie, was zu Verfolgung und einer De-facto-Bestrafung führt. Das Rechtssystem wird genutzt, um gesellschaftliche Vorurteile zu verschleiern, die zu Verbrechen aus Hass führen.

Die Studie zeigte, dass ein signifikanter Anteil der Angriffe nicht gemeldet wird, weil die Opfer mit institutioneller Diskriminierung, einer erdrückenden Straflosigkeit und sozialer



Der Geschäftsführer von OASIS, Jorge López, mit dem britischen Freiwilligen Daniel Carey und Zulma, Zeugin des Mords an ihrer Kollegin Paulina in 2005. Niemand ist in dem Mordfall strafrechtlich verfolgt worden. Als Zeugin ist das Leben von Zulma gefährdet.

Ablehnung rechnen müssen. Einige werden zu Vertriebenen, wenn ihre Familien sie ablehnen.

Es ist fast unmöglich die Fälle umfassend zu dokumentieren, weil sie oft fälschlicherweise als gewöhnliche Verbrechen eingestuft werden. Öffentlich wahrgenommen werden sie erst, wenn die Medien auf die in solchen Fällen oft extreme Gewalt aufmerksam werden.

In vielen der von OASIS behandelten Fällen werden potenzielle Beweise nicht aufgenommen, weil die Überlebenden sich nicht zu reden trauen bzw. weil der Staat nicht vorbereitet oder unwillens ist, solche Fälle zu behandeln. Zeugen werden ins Exil getrieben. In den meisten Fällen konnte OASIS die Polizei und die Armee als Täter identifizieren und zu einem geringeren Grad die Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste. Ein Großteil des religiösen Diskurses stützt und fördert ebenfalls die gesellschaftlichen Vorurteile³³.

OASIS beschreibt weitere, subtilere Formen der Diskriminierung, die trotzdem eine entscheidende Rolle spielen, wie die Nicht-Bereitstellung von Ressourcen, um der AIDS-Epidemie im Land zu begegnen. Von dieser Epidemie ist besonders die nicht-heterosexuelle Bevölkerung betroffen und damit auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Es wurden keine ausreichenden Maßnahmen zur Eindämmung von Aids getroffen und auch nicht sichergestellt, dass HIV-positive Menschen Zugang zu einer würdigen medizinischen Behandlung haben. Soziale Ausgrenzung führt sie in fürchterliche Situationen, in denen ihnen

ihr Recht auf Gesundheit, Bildung, Arbeit und eine kulturelle Identität regelmäßig nicht zugestanden wird.³⁴ „Um sie zu töten, bedarf es keiner Kugeln oder Messer“, erklärt Jorge López, der Direktor der Organisation.

Der UNO-Sonderbeauftragte für extralegale, standrechtliche oder willkürliche Hinrichtungen rief den Staat dazu auf, „unermüdlich gegen die Praxis der „sozialen Säuberungen“ durch Regierungsstellen vorzugehen“³⁵ aber OASIS-Mitglieder sind weiterhin der Gefahr von Übergriffen ausgesetzt.

²⁹ Sexually diverse communities include lesbian, gay, bisexual, transgender and transsexual (LGBT) people.

³⁰ Precautionary measures of the Inter-American Commission on Human Rights, 6 February 2006.

³¹ Human Rights Inspector General, REF EXPORD.GUA 1128-2005/DI.

³² OASIS, La situación de los derechos humanos y los crímenes de odio por causa de la identidad sexual en Guatemala, 16 November 2006.

³³ Ibid.

³⁴ Ibid.

³⁵ Philip Alston, UN Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Civil and Political Rights, Including the Questions of Disappearances and Summary Executions, 19 February 2007.

Zwischen Januar und September 2009 aktivierte PBI sein Unterstützernetzwerk, um seine Sorge um die Sicherheit von Jorge López einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Nachdem er Unregelmäßigkeiten in der Arbeit des Innenministeriums angeprangert hatte, verklagt ihn das Ministerium ebenfalls. Im September 2009 erklärte der Vorsitzende Richter den Prozess für unzulässig und ließ die Anklage fallen. Trotz dieses positiven Ausgangs hat sich der Prozess negativ auf Jorges Gesundheit, Freiheit und ihn persönlich ausgewirkt. Sein Ruf und seine Glaubwürdigkeit wurden infrage gestellt und sein Einsatz für die Rechte sexueller Minderheiten (LGTB) wurde behindert. Der Gerichtsprozess war auch für OASIS schwierig, die Organisation wäre fast daran zerbrochen. Erfahrungen wie die von Jorge López sind in Guatemala kein Einzelfall, sondern spielen sich in einem Kontext ab, in dem Menschenrechtsaktivisten häufig Opfer von Klagen werden.

Hindernisse für die Gerechtigkeit in Mexiko

Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) in Mexiko wurde von der Regierung eingeladen, die Menschenrechtslage zu beurteilen. Der Bericht zeigt, dass Menschenrechtsverletzungen häufig nicht bestraft werden und dass es strukturelle Schwächen des Rechtssystems gibt, die dieses Muster festgeschrieben haben. Der Bericht zeigt auch, wie das Rechtssystem missbraucht wird, sodass es einigen ermöglicht, straffrei zu bleiben, während andere anhand „erfundener“ Klagen verurteilt werden. Diese Verurteilungen stehen oft in Zusammenhang mit politischen Zielen ohne Rücksicht auf ein rechtmäßiges Verfahren.³⁶

Der Bericht schreibt, dass Mexiko, obwohl es die Interamerikanische Konvention über das gewaltsame Verschwinden von Personen 2002 ratifiziert hat, dies nur unter einem Vorbehalt und einer Erklärung getan hat, die eine Anwendung auf im Dienst begangene Straftaten von Militärs verhindert. Mexiko versuchte ebenfalls, die rückwirkende Anwendung der Konvention zu verhindern.³⁷ Da das Verschwindenlassen jedoch andauernde Auswirkungen hat, ist es schwierig im internationalen Recht, eine nicht-rückwirkende Anwendung zu begründen.

Menschenrechtsverteidiger und ihre Familien sind Übergriffen, Einschüchterungsversuchen und Diffamierungen ausgesetzt und werden für Verbrechen angeklagt, die sie nicht begangen haben. Diese Schikanie wird häufig nicht bestraft. Im Rahmen des Universal Periodic Review UPR der UNO (Allgemeine regelmäßige Überprüfung) verpflichtete sich Mexiko, Menschenrechtsverteidiger zu schützen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen. Ausdrücklich erklärte sich Mexiko bereit, „eine wirksame Untersuchung und Verfolgung von Verbrechen und Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger durch die Justiz sicherzustellen und die Verantwortlichen zu bestrafen; sicherzustellen, dass Berichte über Angriffe, Drohungen oder Einschüchterungsversuche gegen Menschenrechtsverteidiger schnell untersucht werden sowie Mittel zu ihrem Schutz einzusetzen.“³⁸

Trotz dieser Zusagen sind Menschenrechtsverteidiger in Ayutla de los Libres, einer indigenen Gemeinde an

der Costa Chica im Bundesstaat Guerrero, weiter Drohungen, Schikanen und Angriffen ausgesetzt. Es gab keine Ermittlungen wegen dieser Drohungen, und dies hat zu einem erhöhten Gefühl der Unsicherheit geführt. Lokale Organisationen haben in den Fällen von Valentina Rosendo Cantú, Inés Fernández Ortega und Rosendo Radilla Pacheco (der 1974 verschwand) Anzeige erstattet. Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú sind indigene Frauen aus Ayutla de los Libres, die 2002 von Angehörigen der mexikanischen Armee vergewaltigt und gefoltert worden sein sollen. Die mexikanische Militärjustiz befasste sich mit den Fällen und entschied, dass sie in ihre Zuständigkeit fallen. Die Opfer legten Beschwerde ein und argumentierten, dass dies gegen ihr Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren verstoße. Daher verlangten sie eine Verhandlung vor einem zivilen Gericht. Die Beschwerden wurden abgelehnt und die Militärjustiz legte den Fall aufgrund angeblich mangelnder Beweise nach dem Ende der Ermittlungen zu den Akten. Im Dezember 2006 erklärte sich die Interamerikanische Menschenrechtskommission bereit, die Fälle von Fernández Ortega (Fall 12.580) und Valentina Rosendo Cantú (Fall 12.579) wieder aufzunehmen. Ihre Fälle wurden im Mai bzw. im Juli 2009 überprüft. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

„Es sollten zivile Gerichte sein, die über das Militär richten, wenn es in den Fällen um Zivilisten geht.“

Beschwerden gegen das Militär werden systematisch von der Militärjustiz geprüft, oder werden von zivilen Stellen an die Militärjustiz weitergereicht. Mexiko hat internationale Menschenrechtsverträge nur unter Vorbehalten und mit zusätzlichen Klauseln versehen ratifiziert, wodurch das Prinzip umgangen wird, dass es zivile Gerichte sein sollten, die über das Militär richten, wenn es in den Fällen um Zivilisten geht.³⁹ Militärgerichte neigen dazu, angeklagte Militärs nicht zu verurteilen, was zur Entstehung fester Kreisläufe von Straflosigkeit und Gewalt führt.

³⁶ Office of the OHCHR in Mexico, *Diagnosis of the Situation of Human Rights in Mexico*, 2003.

³⁷ *Ibid.*

³⁸ UN Human Rights Council – Working Group on the Periodic Review, *National Report Submitted in Accordance with Paragraph 15(A) of the Annex to Human Rights Council Resolution 5/1 Mexico*, February 2009.

³⁹ Office of the OHCHR in Mexico, *Diagnosis of the Situation of Human Rights in Mexico*, 2003.



Mitglieder von AFADAM in Mexiko Stadt mit Fotos von Verschwundenen.

Gerechtigkeit für weiter zurückliegende Fälle:

Tita Radilla und AFADEM

Ende der 1970er- und zu Beginn der 1980er-Jahre verschwanden über 1.200 Menschen in Mexikos schmutzigem Krieg.⁴⁰ In der Folge suchten Familienangehörige häufig gemeinsam nach Informationen über den Verbleib ihrer Verwandten. Daraus ging 1977 die Asociación de Familiares de Detenidos, Desaparecidos y Víctimas de Violaciones a los Derechos Humanos AFADEM (Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen) hervor, die primär das Ziel verfolgte, die Rückkehr der Verschwundenen zu verlangen und jeder Art von Verschwindenlassen und Straflosigkeit ein Ende zu setzen.⁴¹

Seitens der mexikanischen Regierung mussten die Familienangehörigen der Verschwundenen zunächst Jahrzehnte des Schweigens hinnehmen. 1999 legte AFADEM Beschwerde beim Justizministerium ein und die nationale Menschenrechtskommission führte eine weitere Untersuchung durch. Das Ergebnis war ein Bericht über 532 durch den Staat begangene Verbrechen und empfahl der Regierung, diese Verbrechen zu untersuchen.⁴²

Im März 2008 gelang AFADEM im Kampf für Gerechtigkeit ein Sieg mit Signalwirkung,

“Bisher haben wir immer auf nationaler Ebene weitergemacht. Wir denken, dies hat den Staat dazu gezwungen zu ermitteln und eine Sonderstaatsanwaltschaft zu gründen, und die Nationale Menschenrechtskommission wurde auch gezwungen zu ermitteln. Wir müssen handeln, wir müssen Dinge in Gang setzen, nachfragen, Anträge stellen oder was immer nötig ist, damit nichts von der Agenda gelöscht werden kann.”

Tita Radilla, Vizepräsidentin der AFADEM.



PBI Begleitung von Tita Radilla von AFADEM.

als der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte beschloss, den Fall von Tita Radillas Vater, der 1974 verschwand, zur Prüfung anzunehmen. Dies ist der erste Fall aus Mexikos schmutzigem Krieg, der vor einer internationalen Instanz verhandelt wird, und könnte zur Verfolgung weiterer Fälle führen und langfristig sogar die mexikanische Regierung dazu bringen, die systematische Anwendung von Gewalt durch den Staat während dieser Zeit anzuerkennen.

Der Fall wurde im Juli 2009 vor dem Gericht verhandelt. Tita erklärt: „Wir verlangen echte Ermittlungen, über die wir den Aufenthaltsort unserer verschwundenen Familienangehörigen erfahren, und anstatt uns nur immer wieder nach unseren Aussagen zu fragen, sollten sie Ermittlungen gegen die wirklichen Verantwortlichen für diese Verbrechen einleiten.“

Für die mexikanische Regierung hat das Gericht für den Fall keine Zuständigkeit, weil das Verschwinden geschah, bevor Mexiko die Zuständigkeit des Gerichts anerkannte. Trotzdem argumentiert ein Anwalt, der auch Direktor der Mexikanischen Kommission zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte ist, dass in diesem Fall das Problem der Straflosigkeit bis heute als strukturelles Problem weiter existiert und dass damit der Fall in die Zuständigkeit des Gerichts fällt. Zudem wird das Verschwindenlassen in der Interamerikanischen Konvention über das Verschwindenlassen von Personen als ein Verbrechen mit andauernden Folgen angesehen, solange der Verbleib des Opfers nicht geklärt ist.⁴³

VERSCHWINDENLASSEN

Das Verbrechen des Verschwindenlassens ist die Verhaftung, Inhaftierung, Entführung oder jede andere Form des Freiheitsentzugs durch Staatsorgane oder Personen oder Gruppen von Personen, die mit der Erlaubnis, der Unterstützung oder der Zustimmung des Staates handeln, gefolgt von der Ablehnung den Freiheitsentzug anzuerkennen oder dem Verschleiern des Schicksals oder des Verbleibs der verschwundenen Person, die diese Person außerhalb des Schutzes durch die Gesetze stellt.⁴⁴

Während Tita und ihre Familie eine Entscheidung des Gerichts abwarten, hoffen sie im Fall ihres Vaters, aber auch in den Fällen anderer Verschwundener aus Guerrero, endlich auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Sie verlangen auch strukturelle Reformen, die neue Fälle von Verschwindenlassen verhindern, wie zum Beispiel die Beschränkung militärischer Rechtsprechung auf Fälle ohne Beteiligung von Zivilpersonen.

Aufgrund des Drucks auf sie und der Drohungen gegen sie begleitet PBI Tita Radilla seit 2003. Tita und ihr Bruder Rosendo erklären dazu: „PBI war während des Prozesses sehr wichtig. Die Begleitung durch PBI gibt uns Kraft und viel Sicherheit. Die Präsenz von PBI bedeutet, dass der Staat weiß, dass die internationale Gemeinschaft diesen Prozess beobachtet. (...) Es sind sehr heikle Fälle, in denen das Erlangen von Gerechtigkeit und die Aufklärung der Fälle schwer waren und ich denke, dass, wo Straflosigkeit herrscht, auch Gefahr lauert“

⁴⁰ A “scorched earth” campaign executed by the Mexican government and military against rural guerrilla groups in the 1970s (see LA Times: <http://articles.latimes.com/2006/feb/27/world/fg-mexico27>).

⁴¹ AFADEM. <http://www.laneta.apc.org/afadem-fedefam-presentacion.htm>.

⁴² National Human Rights Commission, Recommendation 26/2001, 27 November 2001.

⁴³ Ibid.

⁴⁴ OAS, Inter-American Convention on Forced Disappearance of Persons, Article II, 6 September 1994.

Militär und Polizei:

eine Kultur der Straflosigkeit in Indonesien

Es hat seit dem Ende der 32-jährigen Amtszeit von Suharto 1998 viele positive Veränderungen in Indonesien gegeben. In der jungen Demokratie gibt es nachweislich größere Freiheiten als früher und international genießt das Land einen sehr guten Ruf. Trotzdem bleibt die Straflosigkeit ein tief in der Kultur des indonesischen Militärs und der Polizei verwurzeltes Problem.

Es gibt viele ungelöste Fälle von Menschenrechtsverletzungen, von denen einige Jahrzehnte zurückliegen; so gab es Fälle extralegalen Hinrichtungen, von Verschwindenlassen, Folter, willkürlicher Verhaftungen und Inhaftierungen.⁴⁶ Die Komisi Nasional Hak Asasi Manusia, Komnas HAM (Nationale Kommission für die Menschenrechte) hat viele dieser Fälle untersucht und drängt die Staatsanwaltschaft (AGO) dazu, Verfahren gegen die Verantwortlichen einzuleiten. Die AGO jedoch weist die Berichte der Kommission immer wieder zurück und sagt, sie würden die nötigen Standards nicht erfüllen. In den seltenen Fällen, in denen es zu einem Prozess kam, hat es keine Verurteilungen gegeben.⁴⁷

Dank eines allgemeinen Umfeldes von Straflosigkeit und Schweigen begehen die Sicherheitskräfte weiter Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in den abgelegeneren Teilen des Landes. So soll zum Beispiel im August 2008 Opinus Tabuni von Sicherheitskräften beschossen und getötet worden sein, als er in Wamena in Papua⁴⁸ an einer Zeremonie teilnahm, die den Internationalen Tag der UNO für die Indigenen Völker markierte. Trotz

forensischer Tests und wiederholter Bitten um Information seitens der Familie von Tabuni und Menschenrechtsaktivisten hat die Polizei bisher noch keinen Verdächtigen genannt, geschweige denn Anklage erhoben.

Die mutmaßlich Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen, nämlich hochrangige Staatsbeamte, werden, wenn überhaupt, nur sehr selten strafrechtlich verfolgt. Die Ausnahme von dieser Regel war 2008 der Muchdi-Prozess. Muchdi Purwopranjono, ein früherer Vizedirektor des indonesischen Inlandsgeheimdienstes BIN, wurde angeklagt, der geistige Urheber der Ermordung des Menschenrechtsverteidigers Munir Said Thalib gewesen zu sein. Auf Seiten von Menschenrechtlern bestanden große Hoffnungen, dieser bahnbrechende Fall würde den Weg für die Lösung weiterer Fälle ebnen. Allerdings wurde Muchdi, trotz recht überzeugender Beweise und einiger fraglicher Ereignisse im Prozessverlauf⁴⁹ freigesprochen.

Das vielleicht klarste Beispiel dafür, dass die Straflosigkeit weiter ein Problem ist, war die Kandidatur zweier früherer hochrangiger Militärangehöriger für den Posten des Vizepräsidenten bei den Wahlen im Juli 2009: Wiranto, früherer Chef der Indonesischen Streitkräfte ABRI, und Prabowo Subianto, der frühere Befehlshaber der militärischen Spezialeinheiten Kopassus. Beiden wird eine Verwicklung in die Erschießung von Studenten

an der Trisakti Universität in Jakarta (1998) und den Unruhen in Jakarta im Mai 1998 nachgesagt, bei denen Tausende Zivilisten in Jakarta getötet und verletzt wurden⁵⁰. Prabowo wurde zusätzlich beschuldigt, an der Entführung und Ermordung von Aktivisten der Demokratiebewegung in den späten 1990er-Jahren beteiligt gewesen zu sein.⁵¹

Mehrere Menschenrechtsorganisationen riefen die Wähler dazu auf, diese Kandidaten nicht zu wählen⁵², aber allein die Tatsache, dass solche Personen eine führende Position in der Politik einnehmen können, zeigt wie viel Macht ehemals hochrangige Militärs weiter haben.

⁴⁵ Section C (12), Concluding Observations of the Committee against Torture – Indonesia, 40th Session, 28 April – 16 May 2008, CAT/C/IDN/CO/2, 2 July, 2008.

⁴⁶ Cases include Tanjung Priok (1984), Trisakti (1998), Semanggi I (1998), Semanggi II (1999) and the forced disappearance of student activists (1997/98), fourteen of whom remain missing.

⁴⁷ Sections C (23), (24) & (25), Concluding Observations of the UN Committee against Torture – Indonesia, 40th Session, 28 April – 16 May 2008, CAT/C/IDN/CO/2, 2 July, 2008.

⁴⁸ As of February 2007, there are two provinces that make up Indonesia's easternmost region: Papua with its provincial capital Jayapura, and West Papua with its provincial capital Manokwari. For the purpose of these articles, the term Papua will be used to incorporate both provinces.

⁴⁹ Watch Indonesia! Press Release, 3 January, 2009.

⁵⁰ Jakarta Globe, The Presidential Election: Bold, Odd and Unexpected, 17 May, 2009.

⁵¹ Tapol, The Rise and Fall of Military Candidates in the Indonesian Elections, September 2008.

⁵² Demokrasi Tanpa Penegakan HAM Adalah Demokrasi Tanpa Makna, 'Democracy without Upholding Human Rights is a Democracy without Meaning', Press Statement by a Coalition of human rights NGOs, including Imparsial, KontraS and the Legal Aid Foundation, Jakarta, 22 May 2009.

“... glaubwürdige Folter- und/oder Misshandlungsvorwürfe gegen die Polizei, das Militär oder die Geheimdienste führen selten zu Ermittlungen und strafrechtlicher Verfolgung und ... die Täter werden oft nicht verurteilt, oder erhalten milde Urteile, die in keinem Verhältnis zur Schwere ihrer Verbrechen stehen.”⁴⁵

Committee against Torture, Indonesia



Papua:

Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung



Nehemia und Peneas von BUK, eine der ersten Basisorganisationen in Papua, die sich allein auf die Opfer von Menschenrechtsverletzungen konzentriert.

Im Juni 2007 besuchte Hina Jilani, die UNO-Sonderbeauftragte für die Situation der Menschenrechtsverteidiger, Indonesien und zeigte sich besorgt über die „andauernden Aktivitäten der Polizei, des Militärs und anderer Sicherheits- und Geheimdienstorganisationen, die darauf abzielen, Menschenrechtsverteidiger zu schikanieren und einzuschüchtern bzw. ihnen den Zugang zu Opfern und Tatorten von Menschenrechtsverletzungen erschweren.“ Solche Trends sah sie verstärkt in der Provinz West-Papua.⁵³

Papua ist aufgrund der anhaltenden Spannungen zwischen der indigenen Bevölkerung, die teilweise die Unabhängigkeit Papuas anstrebt, und dem auf Erhaltung der Einheit der Nation bedachten indonesischen Staat, eine der am stärksten militarisierten Regionen Indonesiens. Dieser Konflikt wirkt sich auf die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger aus, weil sie ständig Gefahr laufen, von den Behörden als Separatisten stigmatisiert zu werden, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.⁵⁴

In dieser Situation entstand im März 2008 eine neue Organisation namens Bersatu untuk Kebenaran BUK (Gemeinsam für die Wahrheit), die sich vornahm, für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer und Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen. Als eine der ersten Basisorganisationen in Papua, die sich ganz auf die Opfer konzentriert, war eines der Hauptmotive bei ihrer Gründung der Kampf um Gerechtigkeit für die Opfer und Überlebenden im Abepura-Fall.

Unbekannte griffen im Dezember 2000 die Polizeistation in Abepura in Jayapura Stadt an, töteten einen Polizisten und verwundeten drei weitere schwer. Als Reaktion darauf führte die Mobile Brigade der Polizei (Brimob) „Säuberungsaktionen“ in Studentenwohnheimen und Siedlungen durch, die alle von indigenen Papuas aus dem zentralen Hochland bewohnt waren, einer Region, die bei den Behörden seit langem als Brutstätte von Unabhängigkeitsbestrebungen gilt.⁵⁵ Rund 70 Papuas wurden willkürlich verhaftet. Zwei von ihnen starben während der Haft und Dutzende weitere wurden gefoltert.⁵⁶

Durch die anhaltenden Bemühungen von Menschenrechtsverteidigern landete dieser Fall 2004⁵⁷ vor dem Menschenrechtsgerichtshof in Makassar in der Provinz Sulawesi. Jedoch wurden die beiden Angeklagten, der Kommandant der Brimob-Brigaden Jhonny Wainal Usman und der Chef der Polizei von Jayapura Stadt Daud Sihombing von allen Vorwürfen freigesprochen. Trotzdem hofft BUK die Erfahrungen aus diesem Fall für andere ungelöste Fälle zu nutzen, die zum Teil bis zum Jahr 1977 zurückreichen.⁵⁸

BUK strebt Gerechtigkeit vor Gericht an, nutzt aber unter anderem auch Kampagnen für die Erinnerung, Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit dazu, um das allgemeine Bewusstsein für solche Fälle zu steigern. Angesichts der drohenden Stigmatisierung ist sich Peneas Lokbere, der BUK-Koordinator und selber ein Opfer im Abepura-Fall, sicher, dass der Weg nach vorne lang und beschwerlich sein wird. Gleichzeitig betont er aber auch die Notwendigkeit einer Organisation wie BUK, als

“Papua (ist ein Ort), an dem das moralische Gewicht von Menschenrechten und Demokratie als eine Bedrohung für die Souveränität des Staates gesehen wird und wo die Mächtigen ihre Macht nutzen, um eine Kultur des Konflikts zu schaffen.”

Peneas Lokbere, Koordinator der von PBI begleiteten Organisation BUK.

Ausdruck „eines sehr dringenden Bedürfnisses der Opfer – einer Gemeinschaft ohne Stimme, die lange nur schwieg und nichts sagte, während sie hoffte, dass von irgendwoher Gerechtigkeit kommen würde.“⁵⁹

⁵³ UN Human Rights Council, Press Release: Special Representative of the Secretary-General on the situation of human rights defenders concludes visit to Indonesia, 12 June 2007.

⁵⁴ Ibid.

⁵⁵ Human Rights Watch, Out of Sight: Endemic Abuse and Impunity in Papua's Central Highlands, July 2007.

⁵⁶ J. Budi Hernawan, Office for Justice and Peace, Catholic Diocese, Jayapura, 'Perkara Abepura 7 December 2000, The Abepura Case 7 December 2000, <http://www.hampapua.org/skp/skp03/op-12i.pdf>

⁵⁷ Despite Law No.21/2001 on Special Autonomy for Papua obligating the Indonesian government to establish a Human Rights Court in the province (Article 45, Clause 2), Papuans are still waiting for such an institution.

⁵⁸ Cases include two from Biak (1977) and (1998), respectively; Wasior (2001); Wamena (2003) and the Portnumbay case (2001), in which the then-Head of the Papuan Presidium, Theys H Eluay, was kidnapped and killed and his driver, Aristoteles Masok, 'disappeared'.

⁵⁹ PBI interview with Peneas Lokbere, Jayapura, Papua, 25 May 2009.

Nepal:

auf der Suche nach Gerechtigkeit

Die Wahl einer konstituierenden Versammlung im April 2008 nährte die Hoffnung für landesweite Reformen. Jetzt wo die kommunistische Partei Nepals eine Koalitionsregierung anführte, glaubten viele, dass Demokratie und ein anhaltender Frieden möglich wären. Die Verbesserung der Infrastruktur in den Dörfern und die gesellschaftliche Integration der ärmeren Bevölkerungsschichten durch Kleinkreditprogramme waren Beispiele für eine positive Entwicklung und Reformen. Jedoch zeigte das politische Tauziehen um die Entlassung des Armeechefs Roomangad Katawal und des darauf folgenden Rücktritts von Premierminister Pushpa Kamal Dahal im Mai 2009, dass die Konflikte aus der Zeit Mitte der 1990er-Jahre unter der Oberfläche überlebt hatten.

Weil politische Konflikte weiterhin einen Großteil der Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen und viele führende Politiker es vermeiden, sich für ein Ende der Kultur der Straflosigkeit einzusetzen, fühlen sich viele Nepalesen enttäuscht.

In ihren Bemühungen, Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, sehen sich Menschenrechtsverteidiger und Opfer weiter Hindernissen ausgesetzt. Mandira Sharma von der Asiatischen Menschenrechtskommission weist darauf hin, „dass die Polizei aus Angst sowohl vor der Armee als auch den Maoisten, Beschwerden teilweise gar nicht erst

aufnimmt.“⁶⁰ Laut Sharma ist die Einreichung einer Beschwerde nur der erste Schritt „in einem Rechtssystem, das ganz einfach nicht funktioniert und dessen Mechanismen schon vor langer Zeit zerbrochen wurden.“⁶¹

Zu den Inkonsistenzen des nationalen Rechtssystems kommt hinzu, dass der Staat seinen aus internationalem Recht erwachsenden Verpflichtungen nicht nachkommt, so wie es sich in den Berichten von Opfern im gemeinsam von Human Rights Watch und dem Advocacy Forum herausgegebenen Bericht „Waiting for Justice: Unpunished Crimes from Nepal’s Armed Conflict“⁶² zeigt. Opfer haben nach den Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law (Grundlegende UNO-Prinzipien und -Richtlinien zum Recht auf Abhilfe und Wiedergutmachung für Opfer grober Verletzungen der internationalen Menschenrechtsbestimmungen und schwerer Verletzungen des Humanitären Völkerrechts)⁶³ ein Recht auf Entschädigung, Wiedergutmachung und Wahrheit. Leider wurde in einigen Fällen mit dem Bedarf der Opfer nach Entschädigung ihr Schweigen erkaufte und mindestens ein Menschenrechtsverteidiger hat „Zweifel geäußert über die Höhe der Entschädigungen, die an die Opfer aus der Zeit der bewaffneten Widerstandsbewegung in Nepal gezahlt wurden.“⁶⁴



PBI Freiwillige Sophie mit Laxmi, ein Opfer des Konflikts in Nepal. Die Gewalt gegen diejenigen, die den Status quo in Frage stellen, wird solange anhalten, bis der politische Wille für eine Überwindung der Straflosigkeit größer ist.

“Ich war mindestens 20 Mal beim höchsten Distriktkommissar und auf der Polizeiwache des Distrikts. Polizisten an beiden Stellen nahmen meinen Antrag an, haben aber keine Beschwerde eingetragen. Ich habe den CPN-M-Führer Prachanda getroffen und ihn gefragt, wo mein Mann sei. Er bat mich, ihm zwei oder drei Tage Zeit zu geben. Nun warte ich schon seit zwei Jahren.”

Ehefrau eines am 19. April 2005 von Maoisten entführten Mannes

Zwischen dem Wunsch nach einem dauerhaften Frieden und der anhaltenden Entfremdung der marginalisierten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen (Menschenrechtsverteidigerinnen, Opfergruppen und Journalisten) besteht ein Widerspruch, der erst aufgelöst werden muss, damit die Konflikte in Nepal gelöst werden können.

Die mit großer Hoffnung erwartete Einbeziehung der marginalisiertesten Teile der Gesellschaft in die Erarbeitung einer Verfassung, besonders von Menschenrechtsverteidigerinnen und Opfergruppen, ist unwahrscheinlich. Die Gewalt gegen diejenigen, die den Status quo hinterfragen, wird weitergehen, bis es einen größeren politischen Willen gibt, die Straflosigkeit zu beenden. Die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft ist nötig, damit diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben oder begehen, zur Verantwortung gezogen werden können.

⁶⁰ Mandira Sharma, Asian Human Rights Commission, 'Nepal: how justice continues to fail as the country transitions, according to Advocacy Forum', 20 May 2009.

⁶¹ Ibid.

⁶² Human Rights Watch & Advocacy Forum, Waiting for Justice: Unpunished Crimes from Nepal's Armed Conflict, 11 September 2008.

⁶³ OHCHR, Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law, resolution 60/147 of 16 December 2005, <http://www2.ohchr.org/english/law/remedy.htm>

⁶⁴ Mandira, 'Nepal', in Asian Human Rights Commission



Mitglieder des Komitees der Opfer des Konflikts bei einer Demonstration in Gulariya. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist erforderlich, um zu gewährleisten, dass die Täter von Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Straflosigkeit ist für die Menschen in Nepal Teil ihres alltäglichen Lebens geworden. Sie hat sich im Lauf eines jahrzehntelangen Bürgerkriegs im Land eingenistet. Die weit verbreitete Straflosigkeit hat besonders Menschenrechtsverteidiger sowie Opfer und ihre Familien betroffen. Dennoch haben die besten Absichten und die harte Arbeit derer, die für ein Ende der Straflosigkeit kämpfen, nicht verhindern können, dass es immer wieder Fälle gibt, in denen Gerechtigkeit verweigert wird.

Während des bewaffneten Konflikts zwischen den Maoisten und dem Zentralstaat starben mehr als 13.000 Menschen. Internationale Menschenrechtsorganisationen und das Amt des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte (UNHCHR) dokumentieren Tausende weiterer Fälle von systematischen willkürlichen Verhaftungen, Inhaftierungen und extralegalen Hinrichtungen durch den Staat und die Maoisten. Zwischen 2003 und 2004 erlebte Nepal laut UNHCHR die höchste Zahl berichteter Fälle von Verschwindenlassen weltweit.

Baghiram aus dem Bardiya Distrikt sagt über seinen Bruder und seine Schwägerin, die von Sicherheitskräften entführt wurden: „Ich habe bereits 99 % meiner Hoffnung, dass sie noch am Leben sind, verloren. Trotzdem hat der Staat die Verpflichtung, sie für tot zu erklären. Nur die Hoffnung lässt einen weitermachen.“ Staatlichen Angaben, wonach sie bei einer Schießerei gestorben seien, schenkt er keinen Glauben. „Das glaube ich nicht“, erklärt er, „weil es Zeugen gibt, die gesehen haben, wie sie weggebracht wurden, und weitere, die sie in den Chisopani-Baracken gesehen haben. Ich gebe nicht auf, bis man mir die Wahrheit gesagt hat.“ Baghiram ist der Direktor des Conflict Victims Committee CVC (Komitee der Opfer des Konflikts), einer Gruppe von über 200 Opfern in Zentral- und West-Nepal, dem Gebiet, in dem

es die meisten Verschwundenen während des Konflikts gab. PBI Nepal begleitet CVC seit Februar 2007 bei ihrem Kampf für Gerechtigkeit und für ein Ende der Straflosigkeit.

Zudem gibt es entlang identitätspolitischer Linien neue Brüche, die seit dem Ende des Bürgerkriegs die Anzahl der Menschenrechtsverletzungen steigen lässt. Insbesondere fühlt sich die Madheshi-Bevölkerung im Süden der Terai-Region von der politisch dominanten Bevölkerung der Bergregionen nicht anerkannt. Es gibt Erpressung, Entführungen, Drohungen und Morde, ohne dass die Justiz wirklich gefürchtet werden müsste. Seit den landesweiten Wahlen im April 2008 hat es in der Region zunehmend Streiks, Einschüchterungen und Schikanen gegeben, verbunden mit einer anhaltenden Missachtung der Gesetze.

Die unzulänglichen Versuche des Staates mit den Opfern zusammenzuarbeiten, um die Atmosphäre der Angst zu bekämpfen, kommt in den Worten Krishnas, einem Mitglied von CVC, dessen Vater vor acht Jahren verschwand, zum Ausdruck: „Ich muss die Wahrheit über den Verbleib meines Vaters erfahren. Aber der Staat

ist nicht in der Lage, mir oder meiner Familie Antworten zu geben. Was ich fühle? Ich weiß wirklich nicht, was ich sagen soll, ich warte immer noch auf eine Antwort.“

„Unser Rechtssystem hat dabei jämmerlich versagt, auf die First Information Reports FIRs (erste informierende Berichte) über Menschenrechtsverletzungen zu antworten und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen“, sagt Mandira Sharma, Geschäftsführerin des Advocacy Forums, einer Organisation, die von PBI begleitet wird. Leider können viele, wie Laxmi, deren Ehemann während des Konflikts von Maoisten entführt wurde und verschwand, diese Aussage nur bestätigen. Durch die politische Situation hat sie das Gefühl, dass es für die Opfer der Maoisten noch schwieriger als für andere ist, Gerechtigkeit zu erlangen. Laxmi hat ohne Erfolg versucht, den Fall ihres Mannes über CVC aufrollen zu lassen. Dennoch, trotz Drohungen gegen sie und ihre Familie, engagiert sie sich weiter für Gerechtigkeit.

Eine ähnliche Geschichte hat Sunamati zu erzählen, ein CVC-Mitglied, die nach Gerechtigkeit für ihren ebenfalls verschwundenen Mann sucht. Ihr Mann, ein Lehrer, wurde vor über vier Jahren als mutmaßlicher Maoist von der nepalesischen Armee verhaftet. Im Gegensatz zu Laxmis Bemühungen waren ihre Bemühungen jedoch erfolgreich, ihren Fall mithilfe der CVC der UNO-Arbeitsgruppe zum Gewaltlosen oder Unfreiwilligen Verschwindenlassen vorzulegen. Ihr Fall ist damit einer von 207 Fällen, die an das OHCHR in Genf weitergeleitet wurden. Sie sagt, sie habe jetzt keine Angst mehr; ihre einzige Hoffnung ist jetzt, Gerechtigkeit für ihren Mann zu erfahren – sollte er am Leben sein, sollte er zu ihr zurückkehren dürfen, und sollte er tot sein, dann sollten Beweise dafür erbracht werden.

„Die Ermittlungen durch die Armee und das Militärgericht waren eine reine Formalität. Sie sind nicht mal ins Gefängnis gekommen...“ Mutter der Teenagerin **Maina Sunuwar**, die am 15. Februar 2004 von Soldaten entführt wurde und deren Leiche man im März 2007 fand

Von PBI begleitete Organisationen

2008 haben PBIs internationale Freiwillige aus 25 Ländern 50 Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen, drei zurückgekehrten Vertriebenengemeinden und 11 bekannten Menschenrechtsverteidigern auf individueller Basis Schutzbegleitung und eine internationale Präsenz geboten. Geschätzte 7.000 Menschen profitierten direkt von den Schutzmaßnahmen durch PBI. Der Multiplikatoreffekt unserer Arbeit hat

eine positive Auswirkung auf etliche Tausend Menschen, ihre Gemeinden und allgemein auf die staatlichen Strukturen, in denen sie leben.

Unter den Gruppen, die PBI begleitet, waren indigene Gemeinden in Mexiko und Guatemala, Umweltorganisationen in Guatemala, Menschenrechtsorganisationen in Indonesien, Anwälte in Kolumbien und Nepal, Frauengruppen in Kolumbien, Angehörige Verschwundener in Mexiko, Kolumbien und

Guatemala und Vertriebenengemeinden in Kolumbien. Unsere Arbeit vor Ort wird von 17 Ländergruppen in Nordamerika, Südamerika, Europa und Australien unterstützt, die Freiwillige suchen und vorbereiten, Projektmittel beschaffen und im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy tätig sind, was die Pflege und Aktivierung des internationalen Unterstützernetzwerkes einschließt.

PBI Kolumbien

Bogotá, Medellín, Barrancabermeja und Turbo

- Allgemeines Studieninstitut (IPC)
- Anwaltszusammenschluss Luis Carlos Perez (CALCP)
- Anwaltszusammenschluss „Jose Alvear Restrepo“ (CCAJAR)
- Basisorganisation der Frauen (OFP)
- Cacarica-Gemeinde für Leben, Würde und Selbstbestimmung (CAVIDA)
- Friedensgemeinde San José de Apartadó
- Interkirchliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (CIJP)
- Juristische Vereinigung Freiheit (CJL)
- Regionale Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte (CREDHOS)
- Solidarisches Komitee für politische Gefangene (FCSP)
- Soziale Gesellschaft für die Beratung und Fortbildung der Gemeinschaft (COSPACC)
- Stiftung „Manuel Cepeda Vargas“
- Verband der Bauern im Tal des Cimitarra Flusses (ACVC)
- Verband für alternativen sozialen Fortschritt (MINGA)
- Vereinigung der Angehörigen der Verhafteten und Verschwundenen (ASFADDES)

PBI Kolumbien bietet Ad-hoc-Begleitung für die Nationale Bewegung für die Opfer von Staatsverbrechen (MOVICE), für Kolumbiens Nationale Indigene Organisation (ONIC), für das Menschenrechtskomitee Samen der Freiheit (Codhesel), für die Vereinigung von Bauern aus Antioquia (ACA) und für Yira Castro.

PBI Guatemala

Guatemala-Stadt

- Bewegung der Landarbeiter (MTC)
- Frauensektor
- Guatemaltekeische Vereinigung Indigener Bürgermeister and Amtsträger (AGAAl)
- Kommission für friedlichen Widerstand von San Rafael Pié de la Cuesta
- Lesbiradas
- Nationale Koordinierungsstelle für die Bewohner marginalisierter Gebiete (CONAPAMG)
- Nationale Koordinierungsstelle der Witwen in Guatemala (CONAVIGUA)
- Organisation für eine integrierte Sexualität zur Bekämpfung von AIDS (OASIS)

- Vereinigung der Bauernorganisationen für die Verapaces (UVOC)
- Vereinigung der Freunde des Sees Izabal (ASALI)
- Vereinigung von Maya-Anwälten und -Notaren in Guatemala
- Vereinigung zum Schutz von Montaña de las Granadillas
- Zentrum für Menschenrechtsverfahren (CALDH)

PBI Mexiko

Mexiko-Stadt, Guerrero und Oaxaca

- Cerezo-Komitee
- Organisation der indigenen Me'Phaa (OPIM)
- Mitglieder des Menschenrechtszentrums Tlachinollan
- Umweltschutzorganisation der Frauen der Sierra de Petatlán (OMESP)
- Vereinigung der Angehörigen der Verhafteten, Verschwundenen und Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko (AFADEM)
- Zivile Überwachung der Polizei und Sicherheitskräfte in Montaña

PBI Indonesien

Jakarta, Jayapura, Wamena

- Bersatu untuk Kebenaran – (Gemeinsam für die Wahrheit, BUK)
- Emanuel Goo (Unabhängiger Journalist in Nabire, Papua)
- Forum Kerjasama Lembaga Swadaya Masyarakat Papua – (Papua-Forum für die Kooperation mit NGOs, FOKER)
- Jaringan Advokasi Penegakan Hukum dan Hak Asasi Manusia – (Netzwerk für die Verbreitung von Gesetz und Menschenrechten, JAPH&HAM)
- Komisi Untuk Orang Hilang dan Korban Tindak Kekerasan – (Kommission für die Verschwundenen und Opfer von Gewalt, KontraS Papua)
- Sekretariat Keadilan dan Perdamaian Keuskupan Jayapura – (Büro für Gerechtigkeit und Frieden der katholischen Diözese in Jayapura, SKP)
- Yayasan Lembaga Penelitian, Pengkajian dan Pengembangan Bantuan Hukum – (Institut für die Analyse, Untersuchung und Entwicklung von Rechtshilfe, LP3BH)

PBI Nepal

Kathmandu und Terai

- Advocacy Forum (AF)
- Feministische Organisation Dalit Uplift (DAFUO)
- Komitee der Opfer des Konflikts (CVC)

Empfehlungen

Basierend auf den Beobachtungen vor Ort und den Gesprächen mit Menschenrechtsverteidigern, empfiehlt PBI der internationalen Gemeinschaft:

- 1** Opferorganisationen bei ihrer Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung als Garantien für die Nicht-Wiederholung zu unterstützen.
- 2** Die Toten und Verschwundenen zu suchen und Exhumierungen nach dem Minnesota-Protokoll durchzuführen. Informationen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungsbehörden sollten geteilt werden, wenn es der Identifizierung von Überresten und der Entschädigung von Opfern dient.
- 3** Das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen zu ratifizieren und zu implementieren. Dies sollte vom Komitee zum Verschwindenlassen auf internationaler Ebene überwacht und gesichert werden.
- 4** Die haltlose Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten zu beenden; die wiederholten Empfehlungen der OHCHR zu implementieren, damit sichergestellt ist, dass die über Menschenrechtsverteidiger gesammelten Daten rechtmäßig sind und dass die Datenschutzrichtlinien eingehalten werden, inklusive Zugriff, richterliche Kontrolle und Löschen.
- 5** Die Verpflichtungen aus relevanten regionalen Menschenrechtsmechanismen zu erfüllen, auch solcher, die die Rechte von Indigenen, Afro-Stämmigen, Frauen und sexuellen Minderheiten schützen. Der Zugang zu solchen Systemen sollte für alle Opfer gegeben sein.
- 6** Die aktive Implementierung und Überwachung der Umsetzung von Empfehlungen durch internationale Kommissionen und internationale Menschenrechtsmechanismen, insbesondere der Empfehlungen der Sonderberichterstatter des UNO-Menschenrechtsrates und des Universal Periodic Review.
- 7** Maßstäbe für die Einstellung von internationaler Hilfe für Regierungen für jene Fälle zu entwickeln, wo diese glaubhaft massive Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht begehen.
- 8** Der Praxis ein Ende zu setzen, dass Fälle von Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilisten vor Militärgerichten verhandelt werden, sowie das Prinzip ordnungsgemäßer Verfahren hochzuhalten.
- 9** Sicherzustellen, dass humanitäre Hilfe von militärischer Unterstützung getrennt wird, insbesondere um Zivilisten von Kombattanten nach dem humanitären Völkerrecht unterscheiden zu können.

Veröffentlicht von Peace Brigades International
November 2009

Danksagungen Christine Jones, Alice Garside

Layout Tom Lynton www.tomlynton.com

Fotos PBI

Übersetzung Tim Jack

Druck Secourt Environmental Printing

Wir danken zivik, Deutschland, für die Finanzierung dieser Publikation



Plakate mit Fotos von Verhafteten und Verschwundenen in Kolumbien.

PBI-Kontakte

Projekte

KOLUMBIEN-PROJEKT

11 Rue de la Liniere
1060 Brussels, Belgium
TEL +32 (0) 2609 4400
EMAIL info@pbicolombia.org

GUATEMALA-PROJEKT

C/ Sevilla 19
Pta 14, Valencia, 46006, Spain
TEL/FAX +34 963 816 835
EMAIL coordinacion@pbi-guatemala.org

INDONESIEN-PROJEKT

PeMad Building
JI Damai Mudal RT 01/19
Sariharjo Ngaglik, Sleman
Yogyakarta, 55581, Indonesia
TEL +62 274 446 3996
EMAIL coordinator@pbi-indonesia.org

MEXIKO-PROJEKT

Medellín, 33
Col. Roma, México DF 06700
TEL +52 55 5514 2855
EMAIL pbidf@pbi-mexico.org

NEPAL-PROJEKT

PO Box 8975, E.P.C.
1865 Sanepa, Lalitpurl
Kathmandu, Nepal
TEL +977 1 221 1200
EMAIL kathmandu@pbi-nepal.org

PBI-Ländergruppen

Australien

PO Box 2172, Fitzroy
Victoria 3065, Australia
TEL +61 390 163 769
EMAIL pbiaustralia@peacebrigades.org

Belgien

Rue de Liniere,11
1060 Bruxelles, Belgium
TEL +32 260 944 05
EMAIL pbibelgium@scarlet.be

Deutschland

Harkortstrasse 121
22765 Hamburg, Germany
TEL +49 40 3890 43710
EMAIL info@pbi-deutschland.de

Frankreich

21 ter rue Voltaire
75011 Paris, France
TEL +33 14373 4960
EMAIL pbi.france@free.fr

Großbritannien

1b Waterlow Road
London N19 5NJ,UK
TEL +44 (0) 20 7281 5370
EMAIL susibascon@peacebrigades.org.uk

Italien

Via Bartolini 7
20155 Milano, Italy
TEL +39 349 587 0942
EMAIL pbi.vavassori@gmail.com

Kanada

145 Spruce Street, Suite 206
Ottawa, Ontario
K1R 6P1, Canada
TEL +1 613 237 6968
EMAIL info@pbicanada.org

Luxemburg

6A Rue de Dalheim
Syren L-5898, Luxembourg
TEL +35 24 30 0230 32
EMAIL alain.donetti@europarl.europa.eu

Niederlande

Oudegracht 36
3511 AP Utrecht, The Netherlands
TEL +31 616 498 221
EMAIL info@peacebrigades.nl

Norwegen

Postboks 1742 Vika
N-0121 Oslo, Norway
TEL +47 482 80 478
EMAIL kontakt@pbi.no

Schweiz

Gutenbergstrasse 35
3011 Berne, Switzerland
TEL +41 313 724 446
EMAIL info@peacebrigades.ch

Spanien

Paseo Mendez Pelayo 10
Entlo 3H2, 39006 Santander, Spain
TEL +34 942 22 91 03
EMAIL admin@pbi-ee.org

USA

1326 9th St
Washington DC 20001, USA
TEL +1 202 232 0142
EMAIL info@pbiusa.org

Assoziierte Gruppen

Argentinien

Mexico 76
Buenos Aires, Argentina
EMAIL pbienargentina@yahoo.com.ar

Portugal

R. Conde de Almóster
No 68-3 Esq
1500-196 Lisbon, Portugal
TEL +35 196 571 8195
EMAIL david_avila@clix.pt

Schweden

Blomstigen 10
S-424 37 Angered, Sweden
TEL +46 313 306 450
EMAIL info@pbi.nu

Internationales Büro

56-64 Leonard Street
London EC2A 4LT, UK
TEL +44 (0) 20 7065 0775
EMAIL admin@peacebrigades.org

www.peacebrigades.org